

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Ärzteschwemme - Stahlindustrie -
Dollarkurs - Süderweiterung - Frankreich**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Ärzteschwemme - Stahlindustrie - Dollarkurs - Süderweiterung - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136016>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ärztenschwemme

Kuriose Therapie

Die Kostendämpfungspolitik im Gesundheitsbereich droht angesichts des wachsenden Problemdrucks immer kuriosere Formen anzunehmen. Der jüngste Beleg dafür ist die Bitte des Bundesarbeitsministers Blüm an seine Kabinettskollegen Geißler und Willms, in einer Gemeinschaftsaktion eine in den 90er Jahren zu erwartende „Ärztenschwemme“ zu verhindern. Er reagierte damit auf die „Warnungen“ ärztlicher Standesvertreter, die Zahl der niedergelassenen Kassenärzte werde bis 1995 um 30 000 zunehmen. Da die Tätigkeit eines Kassenarztes bei den gesetzlichen Krankenversicherungen mit ca. 1,5 Mill. DM pro Jahr zu Buche schlägt, seien zusätzliche Kosten von 45 Mrd. DM zu erwarten.

Hinter dieser Rechnung der Ärztefunktionäre steckt der Anspruch, unbelästigt von Marktmechanismen an der Spitze der Einkommensskala zu stehen. Notfalls müssen drohende Einkommensverluste eben durch vermehrte und teurere Behandlung des einzelnen Patienten aufgefangen werden – eine Praxis, der im Rahmen des heutigen Gesundheitssystems in der Tat kaum Einhalt geboten werden kann. So gesehen, erscheint die Besorgnis des Bundesarbeitsministers verständlich.

Unverständlich bleibt jedoch sein Therapievorschlag: Auf dem Ordnungswege soll „der ungehinderte Durchlauf bis zur Approbation“ gestoppt werden – ein Vorschlag, der die Ärzteorganisationen zufriedenstellen dürfte. Den Patienten und ihren Kassen wäre allerdings mehr gedient, wenn durch Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien die Konkurrenz der Anbieter und damit Preisdruck und Kostenbewußtsein im Gesundheitswesen gefördert würden. Ständestaatlich anmutende Reglementierungsversuche liegen nicht im Interesse der Versicherten, sind jedoch blamabel für eine Regierung, die unter dem Motto „Mehr Markt“ angetreten ist. er

Stahlindustrie

Gefährlicher Präzedenzfall

Schon 1983 hatte die Sanierung der Arbed Saarstahl eigentlich abgeschlossen sein sollen. Trotz hoher staatlicher Mittelzuwendungen gelang dies bekanntlich nicht. Gleich zwei Unternehmensberatungsfirmen be-

fassen sich jetzt – im Rahmen unterschiedlicher Aufgabenstellungen – mit den Überlebenschancen des Unternehmens. Beide gehen davon aus, daß Arbed Saarstahl auch nach 1985 auf öffentliche Mittel angewiesen sein wird. Diese Entwicklung zeigt, welche Risiken die Wirtschaftspolitik mit Subventionen eingeht. Man kann fast sicher davon ausgehen, daß sich der ursprünglich angenommene Mittelbedarf als zu niedrig erweist. Einmal gewährte Subventionen ziehen daher neue Subventionsforderungen nach sich, denen sich der Staat – aus den verschiedensten Gründen – „nicht entziehen kann“.

Die Arbed bislang gewährten 3,2 Mrd. DM stellen nicht nur ein beträchtliches Mittelvolumen dar, das für stärker zukunftsorientierte Aufgaben nicht mehr zur Verfügung steht, es wurde auch ein gefährlicher Präzedenzfall im Hinblick auf Subventionsforderungen anderer Firmen geschaffen. Werden Arbed über 1985 hinaus, also auch nach Auslaufen des EG-Stahlsubventionskodexes, Beihilfen gewährt, so dürften sich diese, selbst wenn sie verhältnismäßig gering sind, für die gesamte deutsche Stahlindustrie als problematisch erweisen: Staaten wie Frankreich und Italien erhielten dann Argumentationshilfe im Hinblick auf die Durchsetzung hoher Subventionsforderungen für ihre Stahlindustrien. Abgesehen davon, daß die Glaubwürdigkeit der deutschen Position mit ihrer rigorosen Forderung nach Einhaltung des Subventionsverbotes nach 1985 beeinträchtigt würde, setzte sich auch der Prozeß der Wettbewerbsverfälschung nicht zuletzt zu Lasten der restlichen deutschen Stahlindustrie fort. kr

Dollarkurs

Verunsicherte Devisenmärkte

Gegen Ende Februar trat eine Reihe europäischer Zentralbanken unter der Führung der Bundesbank an, die Dollarspekulanten das Fürchten zu lehren. Zunächst blieb der Erfolg nicht aus: Der Dollar gab um bis zu 19 Pfennige nach. Bereits nach wenigen Tagen jedoch kletterte der „Greenback“ wieder munter nach oben, für die amerikanische Administration ein Beweis der Richtigkeit ihrer These, daß derartige Interventionen lediglich die Finanzmärkte verunsichern und nichts gegen den Trend ausrichten können. Letzteres ist sicherlich grundsätzlich richtig und wird auch von den europäischen Notenbanken nicht bestritten. Allerdings spricht

zumindest die gegenwärtige Nervosität des Marktes nicht gerade für die Annahme eines stabilen Trends. So war der Kurs bereits am Tage vor der massiven Intervention innerhalb von 5 Minuten von 3,47 DM auf 3,39 DM gefallen, als bekannt wurde, daß US-Notenbankchef Paul A. Volcker die bisherigen Interventionen als unzureichend bezeichnet hatte.

Tatsache ist, daß die Devisenmärkte unsicher und führungslos sind. Dieser Umstand läßt sich jedoch nicht durch gelegentliche Interventionen – und seien sie auch noch so massiv – ändern, solange die Märkte von den Zentralbanken nicht geführt werden. Nur eine international koordinierte Interventionspolitik mit für jedermann deutlichen Zielvorgaben vermag spekulative Spitzen zu brechen. Solange aber die USA hierbei nicht mittun wollen, sind derartige Alleingänge nichts als ein Strohofer und bringen mehr Schaden als Nutzen. Die europäischen Notenbanken sind auf sich allein gestellt zu schwach, dem Markt glaubhafte Signale zu setzen. ww

Süderweiterung

Doch noch termingerecht?

Noch immer ist nicht geklärt, ob die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft termingemäß zum 1. Januar 1986 vonstatten gehen wird. Die bisherigen Gemeinschaftsländer haben zwar die Erweiterung politisch gewollt, deren ökonomische Konsequenzen aber nur unzureichend antizipiert und überdies die Konsensfähigkeit untereinander überschätzt. Nicht zuletzt unter dem Eindruck, daß ein Scheitern der Beitrittsverhandlungen ein demütigendes Eingeständnis der Handlungsunfähigkeit der Gemeinschaft wäre, wurde in den letzten Monaten forciert versucht, zu Lösungen zu gelangen.

Bereits im Dezember einigten sich Spanien und die Gemeinschaft überraschend über Zeitplan und Umfang für den Zollabbau im gewerblichen Bereich und konnten die Handelsprobleme im Kfz- und Stahlbereich abhaken. Ende Februar verständigten sich die EG-Agrarminister auf eine Reform der EG-Weinmarktordnung, wodurch die Verhandlungen mit Spanien wesentlich erleichtert werden dürften. Ein Zankapfel bleibt nach wie vor die Fischereifrage. „Ausklammerungsversuche“ wie in anderen Bereichen sind hier nicht möglich. Es ist nur zu hoffen, daß man sich auf der Marathonsitzung vom 17.-20. März hier endlich zu einer Lösung durchringt. Zudem gilt es für Griechenland, das seine Zustimmung zur Süderweiterung von der Zuweisung (zuge-sagter) substantieller Hilfen zur Überwindung seiner

strukturellen Schwierigkeiten abhängig macht, einen tragfähigen Kompromiß zu finden. Die in Angriff genommene Revision für die „Integrierten Mittelmeerprogramme“ gibt Anlaß zu Optimismus.

Schließlich darf ein wichtiger „Einigungsfaktor“ in der Gemeinschaft nicht übersehen werden: Ohne Süderweiterung wird es keine Aufstockung der EG-Mittel geben. Das läßt doch noch auf eine termingerechte Süderweiterung hoffen. hk

Frankreich

Fest auf Stabilisierungskurs

Vor etwa zwei Jahren ist auch die sozialistische Regierung in Frankreich auf einen wirtschaftspolitischen Kurs eingeschwenkt, der auf eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen insbesondere durch Inflationseindämmung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zielt. Mit dem Etikett „Steigerung der Effizienz“ wird diese Politik vor allem sprachlich von der in zahlreichen Ländern dominierenden Angebotsorientierung „abgegrenzt“. Zwar spielen staatliche Interventionen und Regulierungen eine erhebliche Rolle, doch gehören diese in Frankreich zum traditionellen wirtschaftspolitischen Instrumentarium und sind weniger ideologisch begründet.

Im vergangenen Jahr ist nicht zuletzt mit Hilfe der Lohn- und Preiskontrollen eine nachdrückliche Dämpfung der Inflation gelungen. Dabei sind die Löhne real sogar leicht gesunken. Zugleich hat sich die Einkommensverteilung spürbar zugunsten der Unternehmen verschoben – eine Tendenz, die sich mit der Reduzierung der Abgabenlast der Unternehmen in diesem Jahr fortsetzen dürfte. Doch auch in Frankreich überwiegen vorerst – typisch für die erste Phase der mittelfristig orientierten Angebotspolitik – dämpfende Effekte. Die Investitionen stiegen 1984 erst schwach, und auch die Produktion nahm bisher nur mäßig zu. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich, trotz zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, wieder kräftig. Ihre Bekämpfung aber war gerade ein Kernstück des letzten Wahlprogramms.

Dennoch soll der gegenwärtige Kurs beibehalten werden, obwohl im nächsten Jahr Parlamentswahlen anstehen. Ob jedoch die Wähler, die 1981 letztlich für mehr Beschäftigung votierten, statt dessen erzielte Stabilisierungserfolge „honorieren“, erscheint recht zweifelhaft, auch wenn eine neuere Meinungsumfrage zu dem Ergebnis kommt, daß mehr als die Hälfte der Franzosen die Stabilisierungspolitik akzeptiert. wt